Stadt Dessau-Roßlau

08.01.2025

N i e d e r s c h r i f t

über die Sitzung des Haupt- und Personalausschusses gemeinsam mit dem Ausschuss für Finanzen, Digitalisierung und moderne Verwaltung am 06.11.2024

Sitzungsbeginn:	**16:00 Uhr**
Sitzungsende:	**18:53 Uhr**
Sitzungsort:	**Ratssaal des Rathauses Dessau**
Teilnehmer/-innen:	**siehe Anwesenheitsliste**

Öffentliche Tagesordnungspunkte

1 Eröffnung der gemeinsamen Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit

Der **Ausschussvorsitzende des Haupt- und Personalausschusses, Herr Oberbürgermeister Dr. Reck,** eröffnet die gemeinsame Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Digitalisierung & moderne Verwaltung mit dem Haupt- und Personalausschuss, stellt die form- und fristgerechte Ladung sowie Beschlussfähigkeit der Ausschüsse mit jeweils

Haupt- und Personalausschuss:	8
Ausschuss für Finanzen, Digitalisierung & moderne Verwaltung:	7

anwesenden Ausschussmitgliedern fest.

2 Beschlussfassung der Tagesordnung

Herr Oberbürgermeister Dr. Reck stellt die Tagesordnung in der vorliegenden Fassung zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: 08:00:00

Herr Nothdurft, Vorsitzender des Ausschusses für Finanzen, Digitalisierung und moderne Verwaltung, bittet um Abstimmung der Tagesordnung in der vorliegenden Fassung.

Abstimmungsergebnis: 07:00:00

3 Einwohnerfragestunde

Herr Oberbürgermeister Dr. Reck erklärt, dass die Tagesordnungspunkte „Einwohnerfragestunde“ sowie „Öffentliche Anfragen und Informationen“ gemeinsam beraten werden.

Ein Einwohner stellt für den Ausschuss für Finanzen, Digitalisierung & moderne Verwaltung folgende Fragen:

1. Frage

Der Einwohner hinterfragt, warum die Stadträte damals nicht für die Durchführung ihrer Beschlüsse nach dem § 45 KVG LSA gesorgt haben. Im Ausschuss für Finanzen, Digitalisierung & moderne Verwaltung wurde am 27.08.2024 darüber berichtet, dass die Bilanzen der Stadt nicht ordnungsgemäß gefertigt wurden. Dahingehend ist kein rechtzeitiger Haushalt möglich und die Stadträte fühlten sich in ihrem Recht angegriffen.

Frau Wirth, Leiterin des Amtes für Stadtfinanzen, erklärt, dass der Stadtrat in seiner letzten Sitzung darüber einen neuen Beschluss gefasst hat. Die Jahresabschlüsse bis zum Jahr 2021 sind erstellt und dem Rechnungsprüfungsamt (*folglich RPA) übergeben. Der Jahresabschluss 2022 wird am 30.11.2024 und der Jahresabschluss 2023 wird im Februar 2025 dem RPA übergeben. Die Beschlussfassung für den Haushalt ist im Februar 2025 vorgesehen.

2. Frage

Der Einwohner hinterfragt, wie das Problem konkret gelöst werden soll: Die Schienen der Straßenbahn sind katastrophal. Er hatte dies bereits im Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen, Stadtgrün und Mobilität angesprochen und dort wurde die Auskunft erteilt, dass der DVG dafür verantwortlich sei. Die Kosten für die Straßenbahn sind höher als die für die Nutzung der Busunternehmen. Die Einnahmen der Straßenbahntickets sind dabei stagnierend. Im Moment gibt es nicht mal eine Planung für die Instandsetzung der Straßenbahnschienen.

Herr Oberbürgermeister Dr. Reck erläutert, dass der ÖPNV grundsätzlich nicht kostendeckend war. Der ÖPNV wird durch Querverbände kofinanziert. Selbstverständlich schließt das ein, dass sich der Verkehrsbetrieb immer wieder Gedanken macht, wie der ÖPNV finanzierbar und verlässlich gestaltet werden kann. Es ist bekannt, dass der ÖPNV weit mehr kostet, als er Nutzerzahlenbedingt einbringt.

Während des Tagesordnungspunktes erscheint Herr Rumpf, Fraktion CDU, zur Sitzung. Die Beschlussfähigkeit des Haupt- und Personalausschuss erhöht sich auf 9 anwesende stimmberechtigte Mitglieder sowie beim Ausschuss für Finanzen, Digitalisierung und moderne Verwaltung auf 8 anwesende stimmberechtigte Mitglieder.

3. Frage

Da die Schienen bereits defekt sind, geht der Einwohner davon aus, dass die entsprechenden Mittel für die Sanierung im Haushalt eingestellt wird.

Herr Oberbürgermeister Dr. Reck informiert, dass ihm diese Anfrage schriftlich beantwortet wird.

Ein Einwohner stellt für den Haupt- und Personalausschuss folgende Frage:

Er fragt an, wann das Problem mit den nichtöffentlichen Niederschriften abgestellt wird. Er teilt mit, dass es sich dabei z. Bsp. um die Niederschrift des Jugendhilfeausschusses vom 21.06.2021 handelt sowie um die letzte Ortschaftsratssitzung Rodleben.

Herr Oberbürgermeister Dr. Reck erläutert, dass der Sachverhalt mehrmals geprüft wurde. Er bittet um Verständnis, da die Kollegen und Kolleginnen der Stadt eine Vielzahl von Sitzungen und Gremien betreuen. Die Stadt wird der Bitte nachgehen.

Es werden keine weiteren Wortmeldungen hervorgebracht.

4 Öffentliche Anfragen und Informationen

Herr Ausschussvorsitzender Nothdurft fragt die Mitglieder des Ausschusses für Finanzen, Digitalisierung und moderne Verwaltung, ob es Anfragen und Informationen gibt. Dies war nicht der Fall.

Herr Oberbürgermeister Dr. Reck fragt die Mitglieder des Haupt- und Personalausschusses, ob es Anfragen und Informationen gibt.

Herr Stadtrat Fricke – Fraktion der SPD, möchte zur Kenntnis geben, dass am Wochenende das Haus an der Anhalter-Straße 37 in Mosigkau, welches für eine Jugendeinrichtung vorgesehen ist, mit der Parole „Ausländer raus“ beschmiert worden ist. Er hält dies für Mosigkau für besorgniserregend.

5 Beschlussfassungen

5.1 Satzung über die Festsetzung der Hebesätze für die Grund- und Gewerbesteuer in der Stadt Dessau-Roßlau ab 2025 (Hebesatzsatzung) Vorlage: BV/369/2024/II-20

Herr Ausschussvorsitzender Nothdurft teilt mit, dass **Herr H. Weber, Fraktion Freies-Bürger-Forum,** vor Beginn der Sitzung einen Änderungsantrag eingereicht hat.

Frau Wirth, Leiterin des Amtes für Stadtfinanzen, führt umfassend in die Thematik ein. Sie erklärt, dass die Beschlussvorlage zum zweiten Mal eingebracht wird. Der Landtag in Sachsen-Anhalt hat am 23.10.2024 den Weg dafür frei gemacht, dass die Möglichkeit besteht, differenzierte Hebesätze in den Kommunen zu erheben. In Nordrhein-Westfalen gibt es dazu zwei Rechtsgutachten mit unterschiedlichen juristischen Beurteilungen:

1. Das Gutachten im Auftrag des Landes sagt, es könnte verfassungsgemäß zulässig sein, die Hebesatzdifferenzierung bis zu 50 % zu steigern.
2. Der Städte- und Gemeindebund NRW erklärt, dass eine rechtssichere Anwendung dieser Gesetzesgrundlage nicht möglich ist und empfiehlt, einheitliche Hebesätze festzusetzen.

Während des Tagesordnungspunktes erscheinen Herr George, Fraktion Bündnis 90/ Die GRÜNEN, sowie Herr Kaßner, Fraktion Bündnis 90/ Die GRÜNEN, zur Sitzung. Somit erhöht sich die Beschlussfähigkeit des Haupt- und Personalausschusses auf 10 anwesende stimmberechtigte Mitglieder sowie für den Ausschuss für Finanzen, Digitalisierung und moderne Verwaltung auf 9 anwesende stimmberechtige Mitglieder.

Herr H. Weber, Fraktion Freies-Bürger-Forum, erläutert den eingebrachten Änderungsantrag der Fraktion, welcher der Niederschrift als Anlage 1 beigefügt ist. Er führt ausführlich in den gestellten Änderungsantrag seiner Fraktion ein.

Herr Fricke, Fraktion SPD, hinterfragt, was in Hinblick auf das juristische Neuland - das geringere Risiko wäre.

Herr Rumpf, Fraktion CDU, erklärt, dass der erste Vorschlag zwar so umgesetzt wurde, wie es sich der „alte“ Stadtrat gewünscht hat, aber es inhaltlich anders gemeint war. Der „alte“ Stadtrat und auch die CDU-Fraktion hat gefordert, dass die Bürger nicht mehr und nicht weniger zahlen sollen als vorher.

Nach einer Aussprache erklärt **Herr Stadtrat H. Weber**, dass Ziel des Änderungsantrages ist, das gleiche Aufkommen wie bisher zu halten.

Herr Dr. Nothdurft, J., Fraktion AfD, möchte erfahren, was passiert, wenn der Antrag im Ausschuss sowie im Stadtrat nicht angenommen wird und was die möglichen Folgen wären.

Herr Oberbürgermeister Dr. Reck erklärt, dass die bisherige Hebesatzung Ende des Jahres außer Kraft tritt. Sollte keine Entscheidung getroffen werden, dann gehen der Stadt Dessau-Roßlau Einnahmen i. H. v. ca. 12 Mio. Euro verloren.

Nach einem weiteren Meinungsaustausch stellt Frau Neumann, Fraktion CDU, gemäß der Geschäftsordnung des Stadtrates und seiner Ausschüsse einen Antrag auf Schluss der Aussprache und Abstimmung. Der Antrag wird im Haupt- und Personal-

ausschuss mehrheitlich abgelehnt (03:05:02). Im Ausschuss für Finanzen wird dem Antrag mehrheitlich zugestimmt (07:01:01).

Am Ende einer weiteren Diskussion stellen **Herr Ausschussvorsitzender Nothdurft** sowie **Herr Oberbürgermeister Dr. Reck** den Änderungsantrag zur Beschlussvorlage zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnisse:

Haupt- und Personalausschuss:	06:02:02
Ausschuss für Finanzen, Digitalisierung & moderne Verwaltung:	06:01:02

Daraufhin wird die Beschlussvorlage in der geänderten Form in den beiden Ausschüssen zur Abstimmung gestellt.

Abstimmungsergebnisse:

Haupt- und Personalausschuss:	06:02:02
Ausschuss für Finanzen, Digitalisierung & moderne Verwaltung:	07:01:01

Nach dem Tagesordnungspunkt wird die Nichtöffentlichkeit für die gemeinsame Sitzung des Haupt- und Personalausschuss mit dem Ausschuss für Finanzen, Digitalisierung und moderne Verwaltung hergestellt.

8 Schließung der gemeinsamen Sitzung

Herr Oberbürgermeister Dr. Reck sowie der **Vorsitzende des Ausschusses für Finanzen, Digitalisierung und moderne Verwaltung, Herr L. Nothdurft,** stellen die Öffentlichkeit wieder her und schließen die gemeinsame Sitzung um 18:53 Uhr.

Dessau-Roßlau, 08.01.25

Dr. Robert Reck	Josephine von Kloeden
Vorsitzender Haupt- und Personalausschuss	Schriftführer